

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Verlegt an jedem Sonn- und Festtage...
Preis monatlich 12.45
Wochenschrift Nr. 12.45
Wochenschrift Nr. 12.45
Wochenschrift Nr. 12.45

Verbreitungsstelle...
Telegraphische Adressen...
Stuttgart 5112

Nr. 157

Freitag den 9. Juli 1920

Verleger: ...

94. Jahrgang

Wie allerwärts im Lande findet nächsten Sonntag auch in Nagold

ein Blumentag zu Gunsten unserer noch in Feindeshand sich befindlichen Kriegsgefangenen statt.

Die Stadtkapelle wird nach dem Vormittagsgottesdienst an verschiedenen Plätzen der Stadt konzertieren, wobei durch Damen Blumen verkauft werden.

Hiesige Damen, die sich bereit erklären, sich am Blumenverkauf zu beteiligen, werden gebeten, sich bis spätestens Samstag Mittag 12 Uhr bei den Herren Gottlieb Schöon, Kaufmann oder Gebr. Benz, Drogerie, anmelden zu wollen.

Außerdem werden diejenigen Einwohner, welche Blumen zur Verfügung stellen können, ersucht, die ungefähre Zahl der Blumen bis zu derselben Zeit bei den genannten Geschäften bekannt zu geben.

Die Einwohnerschaft wird gebeten, durch reiche Beiträge das gute Werk zu fördern.

Nagold, den 8. Juli 1920.

Gemeinderat. Ortsgruppe Nagold ehem. Kriegsgefangener. Verein der Kriegsteilnehmer Nagold. Militär- und Veteranen-Verein Nagold.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 7. Juli. Präsident Walter eröffnet die 3. Sitzung des neuwahlgewählten Landtags um 4 1/2 Uhr. Das Haus ist gut besetzt, auch die Tribünen. Man erwartet einen großen Tag. Die neue Regierung wird sich mit einer programmatischen Erklärung vorstellen. Zunächst erledigt der Präsident allerlei Geschäftliches. Die Erneuerungen der neuen Ministrie werden dem Hause bekannt gegeben. Eine Reihe Anfragen und Anträge sind eingegangen. Die Zusätze der württembergischen Lokomotive veranlassen in einem Telegramm sofortige Schritte zur Anwendung des Streiks der Angestellten der Lokomotiv- und Verwaltungsbehörden.

Abg. Dr. Wolff (SP.) berichtet über die Gültigkeit der Wahlen. Er beantragt namens des Regimenterauschusses die Wahlprüfung in Steinfelden OR. Klingensau leitens des Hauptlehrers Goll und die in Lonsee OR. Um leitens des Rechtsanwalts Hübner um an den Staatsgerichtshof zu überweisen, im übrigen sämtliche Mitglieder des Hauses für legitimiert zu erklären. Eine weitere Wahlprüfung der gesamten Landtagswahl durch einen Bund, dem in Thüringen wird dem staatsrechtlichen Ausschuss übergeben. Das Haus stimmt diesen Anträgen ohne Erörterung zu. Dann tritt das neue Ministerium an den Regierungstisch.

Staatspräsident Dr. Hieber verliest die Programmrede des neuen Ministeriums, ausdrucksvoll die Hauptstellen hervorhebend an zahlreichen Punkten spendet die Mitte des Hauses Beifall. Die Unabhängigen machen verschiedene Zusätze. Als der Staatspräsident auf die letzten Anträge zu sprechen kommt und von verantwortungsvollen Hieben spricht, fällt von einem Mitglied der USP der Zwischenruf „Herr Graf“, worauf der Landtagspräsident einen Ordnungsruf erteilt. Am stärksten ist der Beifall an den Stellen der „Republik“, wo sie von Ruhe, Ordnung und Sparsamkeit handelt.

Staatspräsident Hieber führte im wesentlichen aus: Bei der Neubildung der württ. Regierung wurde der im Reich eingeschlagene Weg bestritten. Als oberste Richtlinien bei der Bildung des Ministeriums mußten stehen: Ruhe und Ordnung im Staat, enge Zusammengehörigkeit von Land und Reich, wirtschaftlicher und finanzieller Wiederaufbau, ethische Fortbildung und Versuch inneren Ausgleichs und das alles auf der Grundlage rückhaltlosen Bekenntnisses zur Verfassung und ihres unbedingten Schutzes. Der Staatspräsident sprach dann seinem Amtsvorgänger und den zurückgetretenen Ministern den Dank für ihre Tätigkeit aus, und bedauerte aus allgemein politischen Erwägungen, daß die sozialdemokratische Partei ihre Mitarbeit verweigerte. Eine Beteiligung der äußersten Rechten an der Regierung möchte aus denselben Gründen wie im Reich ausgeschlossen werden. Ein Vorschlag zur Vereinigung der beiden Ministerien der Ernährung und der Arbeit wird dem Hause unterbreitet. In Spanien entscheidet sich ein Stück Schicksal und Zukunft unseres Volkes und Reiches, mit dem wir auf Geheiß und Verleumdung verbunden sind. An die Spitze des politischen Programmes sei deshalb das unverrückliche Bekenntnis zur Einheit des deutschen Volkes und Reiches gestellt. Einer Hebrisierung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. Auf die Erhaltung der Selbstständigkeit unserer Justizverwaltung legen wir besonderen Wert. Die Gemeindefürsorge der wirtschaftlichen Interessen der südwestlichen Gebiete Deutschlands wird durch die geographische und unsere Verhältnisse aufgedrängt. Der Wiederaufbau dieser zerrütteten Wirtschaft ist die erste Aufgabe, die uns für Jahre ob-

liegt. Eine akute Wirtschaftskrise bedroht uns. Die Ursachen sind der verlorene Krieg, die Wirtschaft und sonstige Verluste unserer Kriegsgegner, die Revolution und ihre Folgen. Beharren die Feinde auf ihren bisherigen Wegen, so ist unsere Wirtschaftslage hoffnungslos. Unsern Arbeit und Arbeiter müssen unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Aufgaben und Rechte für das gemeinsame Ziel zusammenarbeiten. Die Pflege und Förderung des Lehrlingsausbildungs- und Fachschulwesens wird eine wesentliche Aufgabe der staatlichen Gewerkschaften sein müssen. Weitere Forderungen sind Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Durchführung der Fürsorgegesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die Versorgung mit Rohstoffen und Kohlen. Die Aufteilung des volkswirtschaftlich schädlichen Großgrundbesitzes, soll in Eile durch Gesetz ge-
regelt werden. Auch der Vertrag eines guten Ernte bedarf der Ergänzung durch erhebliche Entlastung. Kraft und Gesundheit unseres Volkes ist durch die Unmöglichkeit ausreichender Ernährung beeinträchtigt geblieben. Es muß alles getan werden, um die Menge der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu steigern. Ausreichende Versorgung mit Dingen und Futtermitteln wird den geforderten Preisabbau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorbereiten, der die Voraussetzungen bildet für eine Gesundung unserer Preis- und Lohnverhältnisse überhaupt. Den Abbau der Zwangswirtschaft bis auf die wichtigsten Nahrungsmittel, Getreide u. Milch, halten wir für notwendig. Die Schlachtviehaufringung wird demnächst umgekehrt. Der Anfall der Kartoffelernte wird darüber entscheiden, ob die Versorgung sich in freien Bahnen vollziehen kann. Die Eierwirtschaft wird nach Erfüllung des diesjährigen Eierlieferungsplans aufgehoben werden. Der Staatspräsident dankte sodann für die hochherzige Hilfe ausländischer Menschenfreunde auf dem Ernährungswesen. Einer der wichtigsten Grundzüge der Gesamtregierung wird Sparsamkeit sein, mit der Ernst gemacht werden muß. Eine Durchprüfung der Befoldungsordnung, eine Regelung der Bezüge der Pensionäre und eine Ergänzung der Befoldungsordnung durch zu schaffende Stellen im Haushaltplan wird folgen. Ein Gesetz über den Übergang der Schuldenverwaltung vom Landtag an das Finanzministerium wird nächsten vorgelegt. Die Verteilung der Reichsteuern zwischen Land und Gemeinden muß geregelt werden, auch die Verteilung der Kosten der Schule. Der Staat ist mit seinem Steueranteil nicht in der Lage, die legeren in vollem Umfang zu tragen. Voraussetzung für die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung ist Ruhe und Ordnung. Der Redner dankte namens der Regierung der Polizei und Reichswehr, wie den Beamten, für die bei den letzten Anrufen geleisteten Dienste. Die persönliche Loyalität muß bei der Ernennung der Beamten entscheidend sein. Jeden Anspruch auf Vorrechte irgend einer Klasse, jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft verwerfen wir und bitten alle Parteien, verfassungswidrliche Kämpfe ruhen zu lassen. Jeden Versuch, mit Gewalt Änderungen herbeizuführen, werden wir unterdrücken. In den dringenden Aufgaben der inneren Verwaltung gehört die Verstaatlichung der Ortspolizei in den großen und mittleren Städten, die Verstaatlichung der Wohnungswirtschaft in den Industriegebieten, die Finanzgriffnahme der Redaktionsorganisation im Laufe des Sommers, die eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine wesentliche Verbesserung der Kraftverfügung des Landes bringen soll und vor allem die Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung bei Staat, Amtskörperschaften und Gemeinden. Eine neue Gemeinde- u. Bezirksordnung in Verbindung mit der Aushebung

der Kreisregierungen wird durch entsprechende Vorlagen an den Landtag eingelegt. Wissenschaft und Kunst sollen weiter gefördert und gepflegt werden. Die für alle gemeinsame Grundschule und eine gründende Verbesserung des gesamten Fortbildungsschulwesens, die Verbesserung der Ausbildung der weiblichen Jugend, die Förderung der körperlichen Erziehung der Jugend und des freien Volkswirtschaftswesens sind weitere Aufgaben. Der Mitarbeit der Kirchen kommt beim inneren Wiederaufbau unseres Volkes hohe Bedeutung zu. Wir haben den redlichen Willen, am wirtschaftlichen u. sozialen Frieden zu arbeiten und appellieren an die gemeinsame Pflicht aller Stände und aller Parteien. Es ist unser aufrichtiger Wille, nicht gegen die Arbeiterkraft, sondern mit ihr zu regieren, wie mit allen in unserem Volk, die ernstlich arbeiten wollen. Wir bitten Sie um Ihre Mitarbeit und glauben, mit der vorgetragenen Auffassung unserer politischen Aufgaben im Einklang mit der großen Mehrheit des Volkes uns zu befinden. Nur durch Arbeit können wir gesund und leben. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Bazille (SP.) beantragt Vertagung der Besprechung auf die nächste Sitzung. — Das Haus stimmt zu. Die weiteren Anträge, die noch auf der Tagesordnung stehen und sich auf Lebensmittelfragen, Wirtschaftskrise und die Unruhen beziehen, sollen mit der Generaldebatte verknüpft werden. Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag vorm. 9 Uhr: Generaldebatte.

Stuttgart, 8. Juli. Die Generaldebatte über die Tronrede wurde heute von dem Abgeordneten Bazille (SP.) eröffnet, der in der Regierungserklärung die klare Stellung zu den großen Problemen der Zeit vermisste und bezweifelte, ob die Regierung die Macht habe, ihre Versprechungen zu erfüllen, namentlich ohne die Unterstützung der Rechten. Die Ausführungen des Redners über die Revolution wurden von lebhaften Zwischenrufen begleitet. In seiner Kritik verlangte er eine aktive Außenpolitik, im Innern die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Regierungsbildung stehe im Widerspruch mit den Volkswünschen. Die Demokratie eigne sich nicht zur Führung. Schließlich beantragte er auf Grund der Verfassung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Staatsverwaltung seit der Revolution. Namens des Zentrum wandte sich Bad gegen die Spott Bazilles über die Regierungsbildung, trat aber dann dem Redner in vielen Punkten bei, besonders in dem Ruf zur Sparsamkeit. Er verlangte ein langsames Tempo in den kostspieligen sog. Reformen auf dem Gebiete der Schule. Abschaffung der Kriegsgesellschaften, Einwirkung des Arbeitsministeriums und schließlich ein Kontrollauschuss von sechs Mitgliedern waren Forderungen gleich denen der Bürgerpartei. Dasselbe gilt von dem Ruf nach der Akkordarbeit und nach Abschaffung des Achtstundentags im Bergbauwesen. Streikende Beamte seien zu diskreditieren. Der Staat müsse Mittel zur Beschaffung von Vieh zur Verflüchtung stellen. Bei der Zwangswirtschaft kam es schließlich noch zu einem Zusammenstoß mit der Rechten. Dann wurde die Fortsetzung auf morgen vormittag vertagt, weil zwei Parteien gegen die Nachmittagsagung waren.

Die Geschäftstoge des Landtags.

Stuttgart, 7. Juli. Der Landtag wird am Donnerstag und Freitag Doppelsitzungen halten und womöglich am Samstag die Generaldebatte zur Programmrede der Regierung zu Ende führen. Es sind zwei Rednergarnituren vorgegeben. In der nächsten Woche soll bis Mittwoch getagt werden u. das Gesetz betr. Übergang der Staatsschuldenverwaltung vom Landtag an das Finanzministerium verabschiedet werden. Ende Juli soll der Etat vorgelegt werden, der Anfang Sept.



den Landtag nach der Ausschussberatung im August zur endgültigen Beschlussfassung antwortet werden soll. Dann erst soll eine größere parlamentarische Pause eintreten.

Für Ermäßigung der Fernspreckgebühren.

Die Abgeordneten Herrmann, Hiller u. Gen. (H.S.) haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren, insbesondere auf eine Staffelung derselben, welche auch den kleinen und mittleren Handels- und Gewerbetreibenden die Haltung eines Fernspreckers ermöglicht, hinzuwirken.

Die Konferenz von Spa.

Eine peinliche Enthüllung!

In der Dienstag-Sitzung des Reichstages hat der Unabhängige Deutsche ein aufgeschlagenes „Streng vertrauliches“ Zirkular zur Verfügung gebracht, das der Sozialdemokratische Parteivorstand an die Parteipresse gerichtet hat. Darin ist zu ersehen, daß das Fernbleiben der Sozialdemokratie von der Neubildung der Regierung und die Überlassung der Regierung an die bürgerlichen Parteien in erster Linie im Hinblick auf Spa erfolgt ist. Das Rundschreiben enthält folgende Stelle, die tief blicken läßt: „Uns kann eine derartige (bürgerliche) Regierung im Augenblick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden dem deutschen Republik und dem deutschen Volk schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daran zu setzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entlassung der Armee herbeiführen, die ihnen diese Armee, auf die sie alle ihre Hoffnungen setzen zum schärfsten Feinde machen wird. Eine Auflösung der Armee und eine Entlassung von Tausenden von Offizieren durch uns würden die Offiziere als einen feindlichen Akt betrachten, aber sie würden ihn aus unserer bekannten antimilitaristischen Tradition begreifen. Die gleiche Aktion von den Rechtsparteien ausgeführt, würde von den Offizieren als ein Akt unerhörter Treulosigkeit der bisherigen politischen Stützen der Armee empfunden werden. So ist die Befürchtung, daß eine Rechtsregierung die bewaffnete Gewalt zur völligen freien Verfügung haben wird, durchaus unbegründet.“

Danzig.

Spaa, 7. Juli. Danzig. Der Vorsitzende der Konferenz Delacroix erklärte, es beruhe auf einem Mißverständnis, daß die Tagesordnung auch die Danziger Frage umfassen soll. Diese solle nicht vor den Deutschen zur Sprache kommen, sondern lediglich unter den Alliierten besprochen werden.

Die Abstimmung in der Ostmark.

Spaa, 7. Juli. Die Vorkonferenz hat den Volksabstimmungskommissionen in Allenstein und Marienwerder Vollmacht gegeben, an Ort und Stelle alle die Abstimmung betreffenden Detailfragen von sich aus zu regeln. Der deutsche Kommissar, die mit der Regelung der durch den Transitverkehr durch den polnischen Korridor entstandenen Schwierigkeiten betraut ist, wurde beauftragt als Schlichter zugeteilt.

Die türkischen Wünsche.

Spaa, 7. Juli. Der Oberste Rat trat heute vormittag zur Prüfung der am 28. Juni von der türkischen Delegation überreichten Note zusammen. Nachdem er die Unmöglichkeit festgestellt hatte, den türkischen Vertrag in allen von der türkischen Regierung verlangten Punkten abzuändern, da dieses Begehren alle wesentlichen Punkte betreffe, beschloß der Rat, eine Kommission von politischen Sachverständigen unter Mitwirkung militärischer Sachverständiger mit der Ausarbeitung der Antwort zu beauftragen, die in einigen Punkten auf die begründeten Einwände der Türken Rücksicht nehmen soll.

Unangenehme Folgen.

Basel, 7. Juli. Der Pariser Korrespondent der „Volks Nachrichten“ berichtet über die Konferenz in Spa: Es bleibe die Hauptsache, daß der Bogen auf beiden Seiten nicht überspannt werde. Wenn ihn die Entente überspannt, so treibe sie Deutschland in die Arme Rußlands und man könnte dann in Europa eine Gewalt Herrschaft bekommen, die alles Bisherige in Schatten stelle, ganz abgesehen davon, daß die Entente niemals zu ihrem Geilde komme.

Italien unzufrieden.

Milch, 7. Juli. Der Mailänder Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung“ meldet: Der vorläufige neue Vorschlag über die Verteilung der deutschen Wiedergutmachungssumme, nach welchem Italien anstatt 7 10 v. H. erhalte, befriedigt auch jetzt Italien nicht. Auch bei dieser noch immer viel zu geringen Entschädigungsteilung sei Italien außerstande, seine Kriegsschuld an das Ausland zu tilgen.

Der Radikalismus auf dem Sprung.

Braunschweig, 7. Juli. In Braunschweig wird seit voriger Woche von radikalen Agitatoren eine lebhaft propagandistische Arbeit zu Ende dieser Woche angelegten neuen politischen Streik gemacht. Neben der Generalkonferenz entsendet hier ein neuer Revolutionsaktionsausschuß eine fieberhafte Tätigkeit. Vor einigen Tagen fand eine von Vertretern der revolutionären Arbeiterchaft aus der näheren u. weiteren Umgebung besuchte große Versammlung statt, in der das Programm der bevorstehenden „großartigen“ Umwälzung festgelegt wurde. Besonders sind Organisation und Aufstellung einer „Roten Armee“ besprochen worden, die jetzt schon in der Stadt und im Oberkommandobezirk Braunschweig 3500-4000 Mann stark und gut ausgerüstet sein soll. Zu dem Aktionsbezirk Braunschweig gehören auch noch die Städte und Bezirke Hildesheim, Osterode, Hannover-Linden, Silbeseheim, Weissenfeld und Bielefeld. Das provisorische Oberkommando der bewaffneten Arbeiterchaft besteht in Braunschweig aus zwei Hauptleuten und mehreren Zugführern. Jeder Zug ist 200 Mann stark. Als Hauptleute fungieren ehemalige russische Offiziere.

Gegenrevolution in Albanien.

Belgrad, 7. Juli. Das Südliche Pressebüro meldet: Nachrichten aus Westindien belagern, daß in Albanien die Gegenrevolution ausgebrochen sei. Die Regierung organisierte neue Truppen. Kräfte der Bombardierung und zerstört worden. Auch in Albanien soll der Bürgerkrieg ausgebrochen sein.

Meutereien englischer Regimenter.

Basel, 7. Juli. Neuier meldet aus Bombay: Ein amtlicher Bericht des Rajabings belagt, daß sich unter den britischen Formationen in Indien, die mit Feindländern durchsetzt waren, Meutereien ereigneten. Einige Bataillone verweigerten den Gehorsam. Die Engländer in Indien entfalten eine mächtige Propaganda und versuchen, die Truppen zum Ungehorsam aufzufacheln.

Heeresverminderung und Erfüllung des Friedensvertrages.

Die bestimmungsgemäße Erfüllung des Versailler Vertrages in Bezug auf die Verminderung des Heeres, die Abgabe der Waffen und Munition, deren Vernichtung, die Abgabe und Vernichtung des Gerätes, die Kühlung der Fabriken, die Schließung der Festungen und die Verminderung der Luftstreitkräfte ist im folgenden durch Zahlen dargestellt.

Entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages war am 26. Februar 1920 der Befehl erlassen, das Heer zum 1. April 1920 — 3 Monate nach Unterzeichnung — auf 200 000 Mann zu verringern. Die März Ereignisse unterbrachen zeitweise die Möglichkeit der Durchführung dieses Befehls. Die Zeit der Herabminderung wurde daher auf 15. Mai verschoben. Bei der Ausführung der Verminderung waren jedoch die Truppen der neutralen Zone — 16 305 Mann — die auf Grund einer besonderen vom Friedensvertrag unabhängigen Vereinbarung mit Marshall Foch dort belassen waren, in die Stärke von 200 000 Mann nicht einbezogen. Die Heeresstärke betrug am 5. April 1920 281 543 Mann (einschließlich neutraler Zone). Auf eine Forderung der Entente aber wurde die Einschmelzung auch dieser Truppen in den 200 000 Mann Etat angeordnet. Die Heeresstärke wurde nun bis 5. Mai 1920 auf 213 065 Mann herabgesetzt (einschließlich neutraler Zone).

Die letzten Meldungen des Bekehrungskommandos ergeben, daß die Herabsetzung des Heeres am 31. Mai 1920 auf 200 000 Mann — einschließlich der in der neutralen Zone befindlichen Truppen — durchgeführt ist.

Ferner.

Am 20. April 1920 hatte die deutsche Regierung in San Remo den Antrag gestellt, das 200 000 Mann Heer dauernd beibehalten zu dürfen. Der hohe Rat behielt die Entscheidung dieser Frage der Konferenz von Spa vor. Die Konferenz sollte ursprünglich am 21. Juni 1920 stattfinden. Da die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann aber bereits am 10. Juli 1920 durchgeführt sein wollte, andererseits die Konferenz in Spa auf den 5. Juli 1920 verschoben wurde, so stellte die Reichsregierung am 3. Juni 1920 den Antrag, die am 10. Juli 1920 ablaufende Frist der Herabminderung der Heeresstärke zu verlängern.

Die Reichswehr gliedert sich jetzt in 2 Gruppenkommandos mit zusammen 7 Divisionen (Wehrkreise). Die vorgeschriebene Stärke jeder der Einheiten und Stäbe ist für das 200 000 Mann-Heer nicht überritten.

Personal. Es sind aufgestellt: Die früheren 7 Armeekorpsinspektionen und 25 Generalkommandos, der Große Generalstab, die Oberste Heeresleitung, die Kriegsministerien Preussens, Bayerns, Sachsens, Württembergs. Es besetzt nur noch ein Reichswehrministerium mit 299 Offizieren und Gleichgestellten. Ferner sind aufgestellt: Die Kriegsakademie Berlin und München, sämtliche Kriegsschulen, Kadettenkorps und Unteroffiziersschulen. Es bestehen ferner je eine Infanterie-, Kavallerie-, Artillerie- und Pionierschule.

Das Zivilpersonal der Verwaltungsbehörden des Heeres ist, entsprechend den 200 000 Mann, auf $\frac{1}{2}$ des Etats von 1913 herabgesetzt.

Waffen und Munition. Die Bestände an Geschützen, Minenwerfern, Maschinengewehren, Gewehren und Munition sind in gleichem Verhältnis mit der Herabsetzung der Heeresstärke vermindert.

a) Als erstes Heeresgerät wurden beim Waffenstillstand ausgeliefert: 5000 Kanonen (zur Hälfte mittlere und schwere), 25 000 Maschinengewehre, 1700 Jagd- und Bombenflugzeuge, 3000 Minenwerfer, 5000 Kraftwagen.

b) Der Reichsreihandelsgesellschaft, die mit der Ablieferung und Herstellung des Heeresgeräts betraut ist, wurden bis jetzt übergeben: 1 427 000 Gewehre, 262 000 Karabiner, 40 800 Maschinengewehre, 6 300 Minenwerfer, 35 500 Geschütze und Geschützrohre (darunter 16 500 leichte Geschütze, 11 800 mittlere Geschütze, 5200 schwere Geschütze), 16 300 Geschützpatronen, 28 500 000 Gewehrpatronen, 1500 Rohre für Minenwerfer, 1900 Patronen für Minenwerfer, 350 Marinegeschütze, 80 Rohre für Marinegeschütze, 260 Patronen für Marinegeschütze, 1600 Fliegermaschinengewehre, 217 Fliegerabwehrkanonen, 15 500 000 Artilleriegeschosse.

c) Von diesem Gerät ist zerstört worden: 1 318 000 Gewehre und Karabiner, 24 500 Maschinengewehre, 19 400 Geschütze und Geschützrohre, 9500 Geschützpatronen.

d) Außerdem sind vernichtet: 94 300 000 Schußgewehre und Maschinengewehrmunition, 4 000 000 Handgranaten, 1 537 000 Säbel, Bajonetts usw., 31 370 000 schwere Fächer, 4 680 Tonnen Pulver, 38 140 Tonnen Sprengstoffe, 3 400 000 geladene Artilleriegeschosse.

In Erfüllung des Artikels 170 sind Magnahmen getroffen, um Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät zu verhindern.

Schließung der Festungen. Deutschland darf noch 5 Festungen halten: Pillau, Swinemünde, Königsberg, Ilim und Küstrin. Die Schließung der übrigen Festungen ist in Arbeit und dürfte terminmäßig beendet werden. Verringerung der Festungsartillerie und Herabsetzung der Munitionsausstattung der Festungsgeschütze sind im Gange.

Fabriken. Sämtliche Anlagen zur Herstellung von Kriegsgerät sind auf die Friedenswirtschaft umgestellt. Die Anfertigung von Kriegsmaterial ist dort nicht mehr möglich. Zeughäuser, die nicht zur Lagerung bewilligter Bestände dienen, sind entmilitarisiert (Reichsreihandelsgesellschaft). Die

Kontrollkommissionen haben Einblick in das auszuführende Kriegsgerät, in die Nachweisungen über den Fortgang der Herstellungsarbeiten und in die Beschaffenheit und Herstellungsort der Spreng- und Giftstoffe und sonstiger chemischer Präparate, die im Laufe des Krieges angewendet und vorbereitet wurden.

Luftstreitkräfte. Die deutschen Luftstreitkräfte des Heeres und der Marine sind völlig aufgelöst bis auf 60 See-Flugzeuge, die zum Minenischen bestimmt sind. Das gesamte freigewordene Material an früheren Marineflugzeugen und Privatflugzeugen ist der Entente zur Verfügung gestellt. Deutsche Luftkräfte können zur Zeit für einige Monate nicht mehr in Frage.

Württembergische Politik.

Die Betriebsräte zum Steuerabzug.

Heilbronn, 7. Juli. Eine Verlesung der Heilbronner Betriebsräte nahm zum Steuerabzug folgende Entschliessung an: Die verammelten Betriebsräte der Heilbronner Industrie müssen darauf bestehen, daß der Steuerabzug unterbleibt und in allen anderen Fällen, wo er bereits erfolgt ist, zurückbezahlt wird.

Aus Stadt und Bezirk.

Tagold, den 9. Juli 1920

Beurlaubung. Stations-Oberkommandant Benz hier ist am 1. Juli d. J. nach 42-jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten. Im Jahr 1898 auf seine heutige Stelle berufen, hat er seinen schwierigen Dienst treu und pflichterfüllt und korrekter Weise, jedoch verbunden mit Eifer und Menschlichkeitsgefühl ausgeübt. Sein Geburtsort ist Düren, aber seinen Wohnsitz hat er in Tagold beibehalten. Es ist dies ein ehrenvoller Beweis, daß ihm unsere Stadt zur zweiten Heimat geworden ist. Wir wünschen Familie Benz noch einen langen freundlichen Lebensabend.

Streik der Lazarettangehörigen. Von Seiten des Verbandes der Versorgungs- und Lazarettangehörigen, Ortsgruppe Tagold, wird mitgeteilt: Schon seit Anfang dieses Jahres treten die Angehörigen der Versorgungs- und Lazarettbehörden in Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium in Berlin, um eine der heutigen übertriebenen Lebensweise entsprechende Entlohnung zu erhalten. Das Ministerium hat sich der Notwendigkeit der Verbesserung unserer Entlohnung damals nicht verschließen können und auch bereits auf den 1. J. noch in der Ausarbeitung gewisser Reichsentscheidungen Vorarbeiten ausgeführt. Vor kurzem ist nun endlich dieser Tarif erschienen. Es zeigte sich aber, daß er nicht allein in der letzten Zeit, die er zu seiner Ausarbeitung beanspruchte, von der fortschreitenden Verteuerung bereits wieder überholt worden war, sondern daß auch die Eingruppierung der einzelnen Arbeitskategorien in derart unzufriedener Weise geschehen war, daß er teilweise nicht nur keine Verbesserung sondern sogar wesentliche Schlechterstellung, insbesondere für die jüngeren Kollegen, brachte.

Bei 11 Vergütungsgruppen, die der Tarif vorseh, dürfen die Angehörigen nur in die ersten 4 aufgenommen werden. In der ersten Vergütungsstufe wird für das erste Dienstjahr ein Monatsgehalt von M 450 — vorgezogen, im dritten Dienstjahr monatlich M 592 —, im fünften Dienstjahr M 617 50. In der vierten, also der höchsten für uns in Frage kommenden Gruppe (in 1. Jahr monatlich M 571 25, im 4. Jahr M 680 — und im 6. Jahr endlich monatlich M 930 —). Davon gehen nun noch Steuer, Krankenversicherung, Invaliden- bezw. Angehörigenversicherungsbeträge ab. Weiter tritt noch hinzu, daß für die Dienstzeit beim Heere (in Krieg und Frieden) zusammen nur 2 Jahre in Anrechnung gebracht werden dürfen, während allen denen, die nicht im Heide und nicht Soldat waren, in der langen Kriegszeit ihrem Beruf in Handel und Industrie oder bei einer Behörde nachgehen konnten, diese Zeit voll angerechnet wird.

Bisher betrug der Durchschnittsgehalt ohne Kindergehalt monatlich M 550 —. Ein Angestellter gleicher Art in Handel und Industrie bezieht heute 920 M. in Baden sogar 1 200 M. monatlich. Die Führer der Angestelltenchaft haben die Regierung sofort auf diese Härten des neuen Tarifs aufmerksam gemacht und immer wieder versucht, einen annehmbaren und erträglichen Ausgleich zu schaffen. Die Regierung hat aber entgegen ihrem Standpunkt von früher alle Verhandlungs- und Vermittlungsversuche kategorisch abgelehnt. Schließlich wurde noch ein gleicher Versuch durch den Herrn Regierungsrat Kohnmann, Vorstand des Versorgungsamts Stuttgart, unternommen; aber auch dieser letzte Versuch scheiterte.

Unter diesen Umständen blieb kein anderer Weg mehr, und so unteren guten Recht zu verweisen, als der Streik, der sich bis zum heutigen Tage nicht allein über ganz Württemberg und Baden erstreckt, sondern auch schon Teile des übrigen Reiches erfaßt hat. Sämtliche interessierten Gewerkschaften (D. V. Zentralverband der Angestellten, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Südd. Wirtschaftsvereinigung der Angestellten) sowie die Kriegsbeschädigtenorganisationen haben unsere Partei ergriffen. Ausdrücklich betont möge noch sein, daß wir uns verpflichtet haben, die Lazarettinsassen über die Dauer des Streikes zu warnen und zu verpflichten.

Aus der Zuckerwirtschaft. In der Hauptversammlung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie teilte der Vorsitzende Dr. Breihler mit, daß in Aussicht genommen ist, die Reichssteuerstelle aufzuheben und demnach die Bewirtschaftung des Zuckers in die Hände der Zuckerindustrie zu legen. Von der Tätigkeit der neuen Organisation verspricht sich der Verein eine Vereinfachung des Geschäftsganges und eine schnellere Erledigung der Angelegenheiten. Die Vorschriften über die Rübenbewirtschaftung seien derart durchlöcherig, daß ihre vollständige Freigabe geboten erscheine.

Mißerfolge der Lehmbauweise. Der Tonindustriezeitung entnehmen wir Folgendes: Das preussische Ministerium für Volkswohlfaht schreibt zwar, daß es keine Misserfolge der Lehmbauweise gebe, und daß, wenn in der vorangegangenen Bauzeit in einzelnen Fällen Lehmbauten eingestürzt sind, der Grund lediglich in der mangelhaften Ausführung zu suchen sei. Die Praktiker wissen aber, daß der Lehmbauweise technische Mängel anhaften. Der Lehmbau ist nur da berechtigt, wo es an besseren Baustoffen fehlt, aber der Ziegelmangel ist jetzt nicht mehr so groß. Stadt-



baumeister Palm Erbschreib, daß er nicht die Verantwortung übernehmen kann, trotz der großen Wohnungsnot für die Wohnbauweise einzustehen. Auch der Wohnbauart in Württemberg ist nicht bewiesen, daß die Wohnbauweise auf ist. Der Kurs im Badener Markt bei Nüchlin hat auch keine große Begeisterung erweckt. Man sieht also, daß der Wohnbau nicht so einfach ist. Man gebe den Ziegeln mehr Kohle und man kann fast der minderwertigen Wohnbauten dauerhafte Biegelbauten herstellen. Mit Theorien kann grünen Tisch ist uns nicht gehalten.

Einleitung des Preisabbaus. Die Verbände des Textilhandels haben ihre Verkaufspreise ermäßigt, um an der notwendigen Herbeiführung einer allgemeinen Verbilligung mitzuwirken.

Die Eierbewirtschaftung in Württemberg wird nach nach Erfüllung des diesjährigen Eierumsatzes aufgehoben. **Untertalheim.** Von den 147 Schülern sind über 100 an Masern erkrankt. Die Schule wurde daher vorerst auf 8 Tage geschlossen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Hochdorf. Zum Stadtschultheißenamts Sekretär in Feuerbach wurde vom Gemeinderat einstimmig Herr Prof. Dr. Otto Koller von hier gewählt.

Herrnberg, 7. Juli. In einer Ausschußversammlung des landw. Bezirksvereins wurde die Milchfrage behandelt, nachdem dies vom Oberamt und Bezirksrat angeregt worden war. Es war an alle Gemeinden bezw. Ortsvereine oder Sammelstellen das Ersuchen um Entsendung von Vertretern hinausgegangen, auch an die Bezirksvereine und sonstige Interessierte war Einladung ergangen. Herr Adlung gab nach Anhörung aller Beschlüsse zu erwägen, ob man nicht den Verhandlungen am Ort entgegenkam und ihnen gegenüber auf den Bringlohn und Sommerlohn verzichtete und dadurch den Milchabgabepreis auf 120 M bringen könnte. Die meisten Gemeinden bezw. Sammelstellenvertreter waren mit diesem Vorschlag einverstanden und erklärten sich für die nach Herrnberg kommenden Milch aus. Damit hätte wohl die überall sich auftuernde Milchpreisfrage für unseren Bezirk eine befriedigende Lösung gefunden. Wenn in anderen Bezirken auf 1 M heruntergegangen worden ist, so sind dort die Verhältnisse wohl auch andere; bei uns kommt die Wirtschaftliche (Stuttgart) und dann die Absatzmöglichkeit nach dem mehrzahligen Baden (Forstheim) in Betracht; aus Bezirken mit ähnlichen Verhältnissen liegen aus nur vereinzelte weitergehende Überlegungen des Milchpreises vor.

Lüdingen, 6. Juli. Wie die Lüdingen Chronik aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll der Bundespräsident Pöhl, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Stuttgart zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes und wohl auch zur Entscheidung darüber, welcher dauernde Aufenthalt diesem Herrn gegeben werden soll, in die hiesige Kurstadt einreisen werden. Er wird vorerst ziemlich isoliert gehalten und darf die häufig sich meldenden Besuche nicht entgegennehmen.

Elwangen, 6. Juli. In den letzten Tagen wurden die Schafweiden in Württemberg für 350 000 M, in Württemberg für 400 000 M, in Baden für 43 000 M, in Württemberg für 42 000 M, in Württemberg für 43 000 M erstritten.

10 Jahre Verein Württ. Zeitungsverleger.

Wenn die württ. Zeitungsverleger sich in Stuttgart versammeln, steht nur eine Frage im Vordergrund: So kam es auch am jährlichen Gedächtnis der Begründung des Vereins zu keiner ausgesprochenen Jubiläumfeier, denn die Zeitverhältnisse verbieten den Jubel. Kaum ein Stand unter allen Erwerbszweigen trägt so schwer an der Last unserer allgemeinen Not, als die Zeitungsverleger. Doch es hätte ein zu großes Opfer bedeutet, selbst bei diesem Anlass die Angehörigen der Zeitungsverleger auszuscheiden. Eine würdige und zugleich familiäre Veranstaltung sollte darum der Gedächtnisfeier werden. Die Teilnahme war ungemein stark. Aus allen Enden des Landes waren die Vertreter mit Familienangehörigen, rund 150 an der Zahl, herbeigekommen.

Am Samstag 3. Juli traf man sich nachmittags zu einer Besichtigung der Einrichtungen im Betriebe des „Neuen Tagblattes“, wo es für die Leute vom Fach mancherlei Neues zu sehen gab. Derzeit begrüßt wurde die Möglichkeit, am Abend im Landestheater Vorlesung „Waffenstillstand“ oder das Schillerdrama „Fiesco“ zu erleben. Dermaßen die anderen sich im Gespräch zu versammeln.

Der Erinnerungstag im Rathaushof der Stadt Stuttgart war ein Höhepunkt im Werden der Vereinigung. Berechtigter Bürgerrecht auf ein Jahrzehnt hatten Ringens, Freude über die allmählich durchdringende Anerkennung des Wertes, treues Bewahren der Tradition und furchtloses Schauen in eine glückliche Zukunft vergeblichen die Stunde. Staatspräsident Dr. v. Hinder, D.B.M. Lautenshalger verkörperten in persönlicher Teilnahme die Spitzen von Staat und Stadt. Aus weiter Ferne war der hervorragende Führer des Deutschen Zeitungsverlegervereins, Dr. Faber, von Nagoldberg herbeigekommen. Auch Direktor Reich, Leiter der Wirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe, hatte die lange Fahrt nicht gescheut. Der Vorsitzende des bad. Nachbarvereins, Dr. Krieger, beehrte die besonders innigen Beziehungen der beiden Nachbarvereine. Der 2. Vorsitzende, Direktor Esser, begrüßte als weitere Ehrenmitglieder den Direktor Wipper-Stuttgart, Kreisvorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins, und die Herren Gehred, Kemper, Red. Weiß, Red. Gänster als Vertreter der Landesorganisationen der Metallarbeiter, und Herr Frey, den Angehörigen der Arbeitergemeinschaft zwischen Verlegern und Angestellten. Dem 1. Vorsitzenden Dr. Wolf-Oberndorf war es ein Augenblick der Genugtuung, in kurzen Zügen die Geschichte des Vereins zu entrollen, der, vor 10 Jahren von 30 Berufsgenossen gegründet, heute 150 Mitglieder zählt und etwa 30 Prozent der gesamten württ. Zeitungsverleger in sich begreift. Staatspräsident Dr. v. Hinder schloß in seiner gelassenen Beglückwünschung ungefähr aus:

So hat noch keine Zeit gegeben, welche die Bedeutung der Presse so sehr allen Volksschichten zum lebendigen Bewußtsein gebracht hat, wie die letzten Jahre. In Krieg und Sieg und Niederlage, in Staatsumwälzung und Wiederaufbau hat die Presse der Allgemeinheit, dem ganzen Volk unerschütterlich und unüberwindliche Dienste geleistet. Es ist ein merkwürdiges Zusammenwirken, daß dieselbe Zeit, die so die geistige Bedeutung der Presse der Allgemeinheit zum Bewußtsein gebracht hat, die Presse zugleich vor wirtschaftliche Schwierigkeiten, ja vielfach in eine wirtschaftliche Notlage versetzt hat. Papiermangel, Papierverknappung, Erziehung der Beschaffung, das sind ja Mühe und Tragen, mit denen Sie seit Monaten täglich zu ringen haben. Seien Sie überzeugt, daß die württ. Regierung stets ein volles Verständnis für die schweren Aufgaben der Presse bewahren wird und daß sie, soweit es in ihren Kräften steht, auch bemüht sein wird, die wirtschaftliche Notlage, in die die Gegenwart die Presse und den Verlag der Presse gebracht hat, in ihrem Teil zu beheben zu helfen.

Mit gutem Humor wies Dr. H. M. Lautenshalger erste Worte über die Bedeutung des Rathauses, aus dem so viel zum Fenster hinausgesprochen, aber nur mit Hilfe der Presse zu den Ohren der fernsten Dörfer getragen wird. Ohne die Mitarbeit der Zeitung ist es unmöglich, Einfluß auf die Volkstrecke zu gewinnen. Lebens- und schicksalbestimmend blühte namens des großen Deutschen Zeitungsverlegervereins dessen 1. Vorsitzender Dr. Faber auf die Vergangenheit zurück. Ihrer mit freudigem und wehmütigem Stolz zu gedenken, ist unser Recht. Sympathisch und verehrungswürdig für die Zukunft ist die Teilnahme der Ehrenmitglieder. Nur vertrauensvolle Zusammenarbeit von Regierung und Presse im ganzen Reich wird die Probleme der Zukunft lösen lassen. Ein glühendes, laute Beifallsstürme erweckender Ausruf zur Mitarbeit an Deutschlands Wiedergeburt, an seiner neuen Auferstehung an Leben und Freiheit, war das Schlusswort von Direktor Esser in dieser ungewöhnlich stimmungsvollen Vorgesprächsanstaltung. Nach einem kurzen Frühstück im Rathaushof begann wiederum im Rathausfoyer die Jahreshauptversammlung, während deren die Frauen sich auf der Terrasse des Stadtparkes promadieren vereinigten. Den inhaltreichen Tag beschloß am Abend eine gemeinsame Tafel im Kongresssaal der Stadthalle. Die Kunst des Kammerjägers Weß und der Opernsängerin Frau Kiedel-Kühn, die Tischreden von Dr. Wolf, Dr. Esser, Dr. Faber, Dr. Elben und B. Krümer würzten das Wohl. Dichterische Gedenkreisen Dr. Schmalz, Direktor Deppert und O. Kaupert bei.

Büchertisch.

Der Schwäbische Bund. Die neue Monatschrift aus Oberdeutschland (Verlag „Der Schwäbische Bund“ Siederer & Schädler G. m. b. H., Stuttgart) tritt mit dem letzten erschienenen Juli-Heft in das letzte Vierteljahr ein. Treifliche zeitliche Darstellungen mit zahlreichen Texten und Textbildern schmücken das Heft und wir erwähnen aus dem Inhalt: Auguste Sopper, „Versammlung“ (Erzählung); Johann Baptist Seel, „Ein Kaiserjäger im 1800“; Dr. Hermann Heile, „Der Varod“; Rudolf Hans Barisch, „Vandleben“ III; Prof. Martin Wilger-Brenner, „Boroburgs Anteil am deutschen Geistesleben“ (Schluß); Präsident Dr. v. Abteiler-Stuttgart, „Aus meinem Leben“, Erinnerungen und Betrachtungen I; Dr. Manfred Brühmüller-Suttgart, „Goldfunde u. Goldgewinnung zwischen Hain u. Mittelrhein“ (Schluß); Jakob Schaffner, „Die Welt im Licht Alfred Reus“; Hermann Wittenbarter, „Ueber Blücher und Dichter“. Invalide Beiträge sind von Alfred Hagenbergers, Folde Kurz und Hermann Heile veröffentlicht. Bestellungen nimmt die Buchhandlung G. W. Jäger Nagold entgegen.

Letzte Nachrichten.

Auf des Messers Schneide.

Spann, 8. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um halb 4 Uhr im Schloße de la Freinente eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß Deutschland, sofern es sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Sicherheitspolizei schreite, für die Herabsetzung der Herbesätze auf 100 000 Mann eine Frist von 6 Monaten angeht. Die Herabsetzung hat in zwei Raten bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000, bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann stattzufinden. Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien. Lloyd George antwortete, daß die Alliierten darauf bestanden, daß wir das Programm mit diesen Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben. Die Konferenz wurde dann um 5 Uhr auf Freitag vor, 11 Uhr vertagt. Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

Spann, 8. Juli. (Havas.) Der Oberste interalliierte Rat versammelte sich heute vormittag um 11 Uhr in der Villa Freinente zur Entgegennahme des Berichtes der militärischen Sachverständigen über die Entwaffnungsvorschläge, wie sie gestern von der deutschen Delegation gemacht wurden. Um 12 Uhr trafen die deutschen Delegierten ihrerseits in der Villa ein, auf welchen Zeitpunkt sie gestern eingeladen worden waren. Der Vorsitzende Delacroix ließ sie wissen, daß die Sitzung der Konferenz auf nachmittags 3 Uhr verschoben worden sei, um es den Alliierten zu ermöglichen, ihre Beratungen fortzusetzen. Die deutschen Delegierten zogen sich hierauf zurück. Nach dem Weggang der deutschen Delegierten wurden die Beratungen unter den Alliierten fortgesetzt, um zu einer Verständigung über die Fristen und die Bedingungen zu kommen, die Deutschland für die Vernichtung des Materials und die Herabsetzung der Truppenbestände gestellt werden sollen. Die Sachverständigen, unter denen Frankreich durch General Kollie und Deutschland durch General v. Seeckt vertreten war, berichteten gestern lange zur Vergleichung der von deutschen Generalstab und den beiden alliierten Delegierten eingebrachten Zahlen über das zu vernichtende oder auszuliefernde Material. Es erfolgte eine Einigung in dem Sinne, daß die Zerstörung von 14 000 Geschützen, 5 000 Maschinengewehren und 750 000 Handwaffen als erfolgt anerkannt wird. Dagegen weigerten sich die Delegierten, den deutschen Ziffern bezüglich des noch zu vernichtenden Materials zuzustimmen, da man fortwährend noch weitere Vorräte aufweist. Man weiß nur, daß wenigstens die Hälfte des deutschen Materials noch nicht zerstört ist.

Das Entwaffnungsdictat.

Spann, 8. Juli. (Havas.) Der Wortlaut des endgültigen Beschlusses der Alliierten in der Entwaffnungsfrage, den die deutsche Delegation bis Freitag vormittag 11 Uhr unterzeichnen soll, lautet:

1) Deutschland schreitet unverzüglich zur Entwaffnung der Reichswehr und der Sicherheitswehr.
2) Deutschland erläßt eine Rundgebung, in der die sofortige Ablieferung aller in privatem Besitz befindlichen Waffen unter Androhung wirksamer Strafen verlangt wird. Für den Fall, daß die Regierung in den gesetzlichen Bestimmungen nicht genügend Unterlegen hat, sollen gekehrte Maßnahmen getroffen werden, die auf diesem Gebiete die Vollmachten der Regierung erweitern.
3) Deutschland wird unverzüglich alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, den obligatorischen Militärdienst abzuschaffen und die Arme der laugfristigen Anmeldeung, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, zu bilden. Deutschland liefert den Alliierten zur Zerstörung aus und hilft ihnen

zerstören alle Waffen, sowie sämtliches Heeresmaterial, das sich in Deutschlands Besitz befindet, das die durch den Friedensvertrag zugestandenen Mengen überschreitet.

In Anwendung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrags über die Wehrmacht wie über die Luftfahrt, die noch keine Ausführung gefunden haben, erklären sich die Alliierten damit einverstanden,

a) die Frist, die für die Beeindernung der Streitkräfte der Arme vorgesehen ist, bis zum 1. Oktober zu verlängern. In diesem Zeitpunkt muß das Heer auf 150 000 Mann beschränkt sein und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfassen. Die Alliierten erklären sich weiter mit einer zweiten, am 1. 1. 1921 ablaufenden Frist einverstanden. In diesem Zeitpunkt muß die Ermächtigung der Streitkräfte auf 100 000 Mann, wie im Friedensvertrag vorgesehen, vollendet sein.

b) Die Regierung wird ermächtigt, in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober diejenigen Streitkräfte zu unterhalten, deren Zahl der interalliierte militärische Überwachungsausschuß ihr bekanntgeben wird, um an der Sammlung der Waffen teilzunehmen.

c) Alle notwendigen Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den Waffenschmuggel aus dem besetzten Gebiet nach allen Teilen Deutschlands zu verhindern. Wenn zu irgend einem Zeitpunkt vor dem 1. Januar 1921 die alliierten Überwachungsausschüsse in Deutschland feststellen, daß die Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung nicht loyal ausgeführt werden, A. B. wenn am 1. September die vorgeesehenen Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen nicht ergriffen worden sind, nicht in weitgehendster Weise veröffentlicht worden sind, wenn die Zerstörung und die Auslieferung des Kriegsgeräts nicht normaler Fortgang nehmen, wenn am 1. Okt. das deutsche Heer nicht auf eine Ziffer von 150 000 Mann beschränkt ist und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfaßt, werden die Alliierten zur Befehung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes schreiten, sei es das Ruhrgebiet, sei es jedes andere Gebiet, und werden dieses Gebiet erst an dem Tage räumen, wo alle Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung restlos erfüllt sind.

Ein zweites Versailles.

Spann, 9. Juli. Die Morgenblätter sehen die Wendung die die Verhandlungen in Spaa genommen haben als sehr ernst an. Der „U. A.“ erblickt in den vorgelegten Forderungen im Zusammenhang mit den angebotenen Strafbestimmungen eine Wiederholung der Diktatur von Versailles. Das „Tagblatt“ meint, das Diktat sei in unerhört schwerer Form erfolgt. Mit der Nichtunterzeichnung würde sich Deutschland in eine sehr große Gefahr begeben, denn es müßte dann mit dem Verlust des Ruhrgebietes gerechnet werden. Der „Vorwärts“ betrachtet als den schwersten Teil der Forderungen die Entwaffnung der Sicherheitspolizei. So schwierig auch gewisse Verpflichtungen sein mögen, die uns die Alliierten auferlegen, so dürfte doch die Konferenz nicht an ihnen scheitern. Die „D. Tageszeitung“ laßt es zeigen, daß die feindlichen Vertreter große Enttäuschung über die Verhandlung der deutschen Lebensfrage in Spaa laufe den deutschen Interessen durchaus zunieder.

Das weitere Programm.

Paris, 9. Juli. Wie der Berichterstatter des Interalliierten Komitees, soll die Frage der Beschuldigten jedenfalls nicht in Spaa erledigt werden. Der belgische Minister des Auswärtigen, Dymans, sei beauftragt worden, namens der Alliierten den Bericht zu erörtern, der den Deutschen einfach überreicht werden solle. Am Samstag oder Sonntag wolle man sich mit Polen beschäftigen.

Spann, 9. Juli. Minister Dr. Simons, hatte gestern Abend eine Besprechung mit dem Generalsekretär der Konferenz Kollin Jacquesin aus Paris.

Kein Generalstreik.

Berlin, 9. Juli. Auf der in Halle abgehaltenen Konferenz der revolutionären Betriebsräte und Gewerkschaften u. Vertrauensmänner der Unabhängigen Mitteldeutschlands legte nach heftiger Debatte die Auffassung gegenwärtig unter allen Umständen den Generalstreik zu vermeiden.

Eine Balkanföderation.

Paris, 9. Juli. Nach einer Mitteilung des Temps aus Sofia hat sich der bulgarische Ministerpräsident Tompinski um die Errichtung einer Balkanföderation bemüht. Man treffe verschiedene Projekte, um eine Annäherung zwischen Bulgarien und den Balkanstaaten herbeizuführen.

Amerikanischer Protest gegen die schwarze Schmach.

Berlin, 9. Juli. Am 14. Juli soll in der Berliner Universitäts- und in der Berliner anwesenden Amerikanern eine Protestversammlung gegen die farbige Besetzung am Rhein stattfinden.

Unsere Handelsflotte.

Dover, 9. Juli. (Havas.) Gestern sind mehrere deutsche Segler angekommen. Man glaubt zu wissen, daß sie nach Qualifikation Frankreich zugelassen werden.

Paris, 9. Juli. Das spanische Königspaar hat gestern Paris wieder verlassen um sich nach London zu begeben.

Unmögliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Warm, meist trocken, viel Wind gemittelt.

Amstische Kurse

mitgeteilt von der Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.			
3/4, Kriegsanleihe	79 1/2	Wgram. El. Ak.	208
4/4, Württemberg	88	Bachsfahrt	183
4/4, Bad. Eisen. Anl.	88	Nordb. Lloyd	178
3/4, do. cons.	87	Wdhk.	407
4/4, Bayern	86	Bad. Anilin u. Soda-Fab.	409
		Deutsche Reichsbank	405
		Deutscher Schweiß 100 Franks =	677
		Holland 100 Gulden =	1333

Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.
Erlidigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.
Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten

Nr. 10, Schützenstraße, Karlsruhe i. B. (114 2 11) Kapell.
Verl. und Verlag von G. W. Jäger, Karlsruhe i. B. (114 2 11) Kapell.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwabkreises hat am 7. Juli 1920 die Wiederwahl des Schultheißen Jakob Brosch in Böfingen zum Ortsvorsteher der Gemeinde Böfingen bestätigt. 129 Nagold, den 8. Juli 1920. Oberamt: Müns.

W. Amtsgericht Nagold.

In das Genossenschaftsregister

Band III Bl. 11 ist heute bei dem Darlehenskassenverein Obertalheim eingetragen worden:

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 24. Mai 1920 wurde an Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Stellvertreters des Vorsitzers Augustin Weber in Obertalheim als solches das seitherige Vorstandsmitglied

Augustin Aug. Landwirt in Obertalheim und Felix Ade, Gemeinderat in Obertalheim als Vorstandsmitglied neu gewählt.

- Mitglieder des Vorstands sind nunmehr:
- 1) Konrad Schlotter, Gemeindepfleger, Vorsteher des Vorst.
 - 2) Augustin Aug. Landwirt, Stellvertreter des Vorstehers.
 - 3) Johannes Schlotter, Wirt zum Deutschen Kaiser.
 - 4) Johannes Kreidler, Bauer und Gemeinderat.
 - 5) Felix Ade, Gemeinderat, sämtlich in Obertalheim.

30 Juni 1920.
8. Juli

126 Oberamtsrichter: Flammer.

Stadtgemeinde Nagold.

Brennholz-Verkauf.

Am Samstag, 10. Juli vorm. 11 Uhr auf der Kanzlei der Stadtpflege aus Abt. Stadtkaser: Schlagraum: 10 Loh mit ca 50 Km.

Zusammenkunft zum Vorzeigen 9 Uhr beim Militär-generalsheim.
Kaufwärtige Käufer werden nicht zugelassen. 134

Forstamt Simmersfeld.

Schotterakkord.

Am Montag den 12. Juli 1920, vormittags 10 Uhr wird im „Firsch“ in Simmersfeld der Schotterbedarf (Lieferung, Befuhr und Klein schlagen) des Forstamts zur Wegunterhaltung im Wirtschaftsjahr 1920 im öffentl. Abstreich vergeben. 143

Landwirtschaftl. Bezirksverein Nagold.

Die bestellten Ferkel treffen nach überstandener zehntägiger Quarantäne und nach vollzogener Impfung gegen Rotlauf voransichtlich am 22. Juli und 1. Aug. in Nagold ein. Weitere Bestellungen nehmen die Obmänner der Ortsvereine entgegen. Dieselben senden sie gesammelt an den Unterzeichneten. Um eine weitere Einschleppung der Maul- und Klauenseuche zu verhüten, werden die Mitglieder dringend ersucht, ihren Bedarf an Einstellungslingen wieder durch Vermittlung des Vereines zu decken.

Obhausen, 8. Juli 1920. 146
Sekretär: Haupt. Voehringer.

Gegen Maul- und Klauenseuche
bewahren sich
Haupts Seuchen-Apparate
(D.R.P. a. System Ungelenk D.R.G.M. 591 515) am Besten. Jeder Tierhalter, der sich vor großem Schaden bewahren will, muß den Apparat anwenden. Glänzende Erfolge! Behördliche Empfehlungen. Bestellen Sie sofort Prospekte. Bezirksvertreter, welche bei Landwirts gut eingeführt sind, gesucht. 50 m
Friedrich Hauff, Nürnberg
Abt. 50 Apparate.

Weißstückkalk, Berpuß- sogen. Zementkalk,

nach für Schlackenfabrikation unentbehrlich, weil Zementmischung nicht nötig, sowie

Maurerkalk, Düngerkalk,

gebraunt und kohlen-sauer, höchstprozentig, in ganzen und halben Waggonsladungen in konstanter bester Qualität, alles ohne Bezugschein, liefert billigst und prompt wie früher

Kalkwerk Bad Niedernau

122 Telefon Amt Rottenburg a. N. Nr. 138

40 Ar Acker
im Kern mit Dinkel und Haber verkauft. 139
Wer? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schön möbliertes Zimmer
in gutem Hause an soliden Herrn auf 1. August zu vermieten.
Wer? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Turn-Verein Nagold.
Waldfest mit Schauturnen
bei günstiger Witterung am nächsten Sonntag den 11. d. M. auf dem Schloßberg. Hierzu werden unsere werten Mitglieder und Turnfreunde höflich eingeladen. 131
Abmarsch vom Lokal Mittags 1 1/2 Uhr.
Der Turnrat.

Wildberg-Kuppingen.
Hochzeitseinladung.
Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Samstag den 10. Juli 1920
in das Gasthaus „Eären“ in Wildberg freundlichst einzuladen.
Gottlieb Schächinger ♂ **Katharine Stieckel**
Sohn des Tochter des
Friedrich Schächinger Ludwig Stieckel
Bauer in Wildberg. Bauer in Kuppingen.
Kirchgang 12 Uhr.
Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.
107

Oberjettingen.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns hiermit Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Dienstag, den 13. Juli 1920
stattfindenden Hochzeitsfeier in unser Gasthaus zur „Traube“ freundlichst einzuladen.
Albert Böj ♀ **Rosa Benz**
Sohn des Tochter des
Traubenwirts Böj. Johannes Benz
Landwirt.
112 Kirchgang 12 1/2 Uhr.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Anzeige entgegenzunehmen.

© **Gummistempel** ©
empfiehlt
G. W. ZAISER, BUCHHANDLUNG, NAGOLD.

Der Monatszucker
faun bei 137
Klumpf, Knobel, Krauß, Lang und Lehre
abgeholt werden.
Auf die Juckermarke entfallen 700 Gramm Zucker zu M 2.10 p. Pfd.
Nagold, 8. 7. 20.
Städt. Nahrungsmittelamt.

Freiw. Feuerwehr Nagold.
Am Sonntag, 11. Juli rückt das 135
III. u. IV. Wachkommando
zur Übung aus.
Antreten 7 Uhr früh beim Rathaus.
Das Kommando.

U. S. P. Nagold.
Mitglieder-Bersammlung.
Samstag abend 8 Uhr im Lokal. Bänkliches Erscheinen dringend notwendig. 140
Der Vorstand.

Turnver. Ebhausen.
Kommissionen
Sonntag 11. ds., von 2 Uhr nachm. an findet unser Waldfest
verbunden mit Wettturnen unter tätiger Teilnahme der hiesig. Musikkapelle im „Garb“ statt. Hierzu laden wir alle Turner, Turnerinnen und Turnfreunde mit treu-deutschem „Gut Heil“ etc. 145
Der Turnrat.

Schönen 1/2 Jahre alten
Foxterrier
verkauft
Schultheiß Pfeifle
Hochdorf O.N. Hoch.
Emmingen. 141
Verkaufe
4 schöne
Häffinnen,
2 mit Junge.
Fr. Müller
bei d. Urbe.

Allg. Ortskrankenlaffe f. v. M.-Bez. Nagold.
Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Krankenmitglie-der und ihre unterstützungsberechtigten Angehörigen (Ehe-frauen u. Kinder bis zu 15 Jahren) in Zukunft auf Kosten der Kasse nur dann ärztlich behandelt werden, wenn sie vor Beginn der Behandlung dem Arzt einen Mitgliedsausweis, der von der Kassenverwaltung bezw. den Schulth.-Römtern ausgestellt wird, übergeben. Nur in dringenden Fällen kann der Ausweis nachträglich und zwar binnen 24 Stunden beigebracht werden. Werden diese Vorschriften nicht eingehalten, so erfolgt die Behandlung bis zur Beibringung des Ausweises als Privatrechnung gegen Barzahlung.

Ebenso ist vor Beginn einer Zahnbehandlung den Dentisten eine Zahnkarte, die ebenfalls durch die Kassenverwaltung bezw. die Schulth.-Römter ausgestellt wird, vorzulegen. Geschieht dies nicht, so wird der Patient bis zur Beibringung der Zahnkarte als Privatperson behandelt.

Angeichts der hohen Arzt- und Dentistenkosten ermahnen wir die Anspruchsberechtigten dringend, nur im wirklichen Bedürfnisfall den Arzt bezw. Dentisten in Anspruch zu nehmen und erstere nur dann rufen zu lassen, wenn der Kranke nicht zu ihm gehen kann und eine absolute Notwendigkeit vorliegt. Wird in dieser Hinsicht nicht geachtet, so ist eine weitere Beitragserhöhung unabwendbar. 120

Nagold, den 7. Juli 1920.
Vor. des Vorstands: **Benz.** Verwalter: **Benz.**

Herzliche Einladung
zu dem
am Sonntag, den 11. Juli nachm. 2 Uhr stattfindenden
Missionsfest im Freien
so Gott will unter Mitwirkung des Vorkamers aus Karlsruhe.
Redner: Herr Pfarrer Kühn, Herr Missionar Spring, Herr Strauß.
127
Gemeinschaft Mindersbach.

142 Nagold, den 9. Juli 1920.
Danksagung.
Für die vielseitige Anteilnahme beim Hinscheiden unserer geliebten Mutter und Schwester
Wanda Schairer geb. Wurst,
Finanzsek. Witwe
sprechen innigen Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Kleines Anwesen
mit größerem Garten, mög-lichst Nähe Stadt, zu kaufen oder zu pachten gesucht. Angebote unter St. D. 2382 an den Invalidentank Am.-Geg. Stuttgart. 368i

Obernauer Mineral-Heilquelle Löwensprudel
ärztlich bestens empfohlen. Bei Abnahme von 25 Stück Preisermäßigung.
Niederlage bei **Kurlenbaur z. Löwen Tel. 91** und **Adolf Morlock** Limonadegeschäft. 24
Emmingen.
Einen noch sehr gut erhaltenen
Char a bank
verkauft. 147
Walz, Schmiedmstr.

Haarschmuck
aus Zelluloid, Schildpatt Friseurhämme aller Art Ausputterung werden sachgemäß repariert bei **S. Visker, Friseur** 2696 Wildberg.

Kurse am 8. Juli 1920
mitgeteilt durch die
Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

Zuländische Staatspapiere.	3 1/2% dergl. 89.50
5% Deutsche Reichsanw.	4% Frankl. Hypoth. 100.—
1.-8. Kriegsanw. 71.—	4% Rheinl. Hypoth. Bk. 100.50
4% dgl. a. 1918 unk. 1925 83.30	4% Württ. Hypoth. Bank. 101.80
3 1/2% dergl. 80.75	3 1/2% dergl. kbb. A-D 95.50
5% I. Dtsch. Schatzanw. 100.10	u. K-N 95.50
4% Bad. Anleihe 84.50	3 1/2% dergl. tigh. ab 1912, 1915 90.—
5% dgl. a. 1900 70.—	4% Württ. Kreditver. 104.50
kbb. ab 1905 70.—	Obligationen.
4% Württemberg, k. 1915 87.50	4% Stadt Frankfurt a.M. 106.—
1921 u. 1935 87.50	4% Stuttg. Stadt v. 1919 101.—
3 1/2% dergl. a. 1875 93.—	Stetten.
3 1/2% dergl. a. 1879/80 78.50	1885/95 78.50
3 1/2% dergl. a. 1881/85 73.25	1885/95 73.25
3 1/2% dergl. von 1900 72.50	1885/95 72.50
3% dergl. von 1896 74.50	1885/95 74.50
Pfandbriefe.	4% Frankl. Hypoth. Bank 101.—
4% Frankl. Hypoth. Bank 101.—	

